

**Bericht und Antrag
der Geschäftsprüfungskommission
an den Kantonsrat Schaffhausen
betreffend Staatsvoranschlag 2011**

10-83

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Staatsvoranschlag 2011 an vier Sitzungen intensiv beraten. Wie üblich haben die Mitglieder der GPK vorgängig ihre Fragen schriftlich an die Departemente eingereicht. Diese wurden ebenso schriftlich beantwortet. Diskutiert wurden somit nur noch Fragen, in denen sich die GPK und die Regierung nicht einig waren oder wo Unklarheiten nicht vollständig ausgeräumt waren.

Im Staatsvoranschlag 2011 sind die WoV-Dienststellen erstmals in neuer Gestaltung aufgeführt. Mit der Aufnahme von Wirkungszielen ist ein wesentliches Element der wirkungsorientierten Steuerung, das bisher gefehlt hat, aufgenommen worden. Damit kann im Dreieck Wirkungen (wozu) – Produktgruppen/Produkte (was) – Finanzen (womit) gesteuert werden. Die GPK zeigte sich erfreut über die neue Darstellung und die neuen Inhalte und liess sich genau wie der Kantonsrat gründlich informieren und schulen.

Bereits im Finanzplan 2010 – 2013 wurde von der Regierung dargelegt, dass 2011 das schwierigste Jahr in dieser Periode werden würde. Der prognostizierte Fehlbetrag in der laufenden Rechnung von rund 9,5 Mio. Franken bestätigt das in der Tendenz. Im Finanzplan wurde mit einem Defizit von rund 15 Mio. Franken gerechnet. Alles deutet darauf hin, dass die Wirtschaftskrise in unserem Kanton weniger gravierende Spuren hinterlässt als ursprünglich befürchtet. Die GPK erachtet diesen Fehlbetrag als verkraftbar.

Die Steigerung des Personalaufwands gegenüber dem Budget 2010 um 3,2 Prozent ist vor allem auf die Lehrerbesoldungen zurückzuführen. Dies, weil die im Voranschlag 2010 budgetierte Reduktion von 2,4 Mio. Franken zum Ausgleich der Bildungskostenbalance im Kantonsrat gescheitert ist.

Das Wachstum des Sachaufwandes um 5,5 Prozent wird von der GPK teilweise kritisch beurteilt. Teilweise wird der Wille zum Sparen vermisst. Im Verlauf der Beratungen verzichtete die Geschäftsprüfungskommission aber darauf, den Rotstift anzusetzen.

In der Investitionsrechnung wird mit einem Nettoaufwand von 30,4 Mio. Franken 5 Mio. Franken weniger budgetiert als im Voranschlag 2010. Die GPK beurteilt diesen Betrag als hoch und bemängelt, dass jeweils erheblich weniger realisiert wird als geplant war.

Eine engagiert geführte Diskussion entstand, nachdem ein Mitglied der GPK ankündigte, es werde bei der Festsetzung des Steuereffusses eine einjährige Reduktion von 112 auf 108 Prozent und bei der EKS AG einen Dividendenverzicht in der Grössenordnung von 1 Mio. Franken zugunsten einer moderateren Erhöhung der Strompreise für Gewerbe und Industrie beantragen. Der zweite Antrag wurde im Verlauf der Beratungen nach einer gründlichen Diskussion wieder zurückgezogen.

Der Regierungsrat schlägt dem Kantonsrat eine Erhöhung der Lohnsumme um 0,8 Prozent und eine Erhöhung der Prämien um 0,1 Prozent vor. Die Personalverbände hatten eine Erhöhung der Lohnsumme um 1,2 Prozent verlangt. Die Differenz von 0,3 Prozent hat die GPK ohne grosse Diskussionen akzeptiert. Mit der Steigerung der individuellen Lohnentwicklung um 0,8 Prozent soll im Jahr 2011 vor allem den jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit guten Leistungen eine verlässliche Lohnperspektive gewährt werden.

Für die Rentnerinnen und Rentner, welche als Folge der kumulierten Teuerung seit Jahren Einbussen erleiden, ist in der entsprechenden Position im Voranschlag nichts vorgesehen. Das findet nicht die ungeteilte Zustimmung der GPK.

Eintreten auf den Staatsvoranschlag 2011 erfolgte einstimmig.

Der Rheinflall gab in der GPK viel zu reden. Am 24. August 2010 hat der Regierungsrat den Baudirektor ermächtigt, die Vereinbarung betreffend die Eigentumsverhältnisse am Rheinflall zwischen dem Kanton Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall zu unterzeichnen (siehe Beschluss vom 19. Oktober 2010 in der Beilage). Der Kanton übernimmt mit dieser Vereinbarung eine wesentlich grössere Verantwortung auf der Schaffhauser Seite dieses Naturschauspiels von weltweiter Bedeutung. Die GPK liess sich am 20. September 2010 vor Ort über die Neuerungen informieren. Die Folgen der Vereinbarung bescheren dem Kanton Kosten von gegen 2 Mio. Franken! Die GPK beurteilt die geplante Entwicklung sehr positiv und meint, diese zusätzlichen Kosten seien verkraftbar. Weniger erfreut ist die GPK darüber, dass diese Zusatzkosten nachträglich in den Staatsvoranschlag aufgenommen werden müssen.

Der ebenfalls im Beschluss vom 19. Oktober 2010 aufgeführte Land-/Liegenschaftsverkauf auf der hinteren Breite (ehemaliges KITU an der Hohlenbaumstrasse) bringt zusätzliche Einnahmen in ungefähr der gleichen Grössenordnung, hat aber inhaltlich mit dem Rheinflall überhaupt nichts zu tun. Aus der Sicht der GPK wurde dieser Verkauf vorgezogen, um die Neuerungen am Rheinflall kostenneutral erscheinen zu lassen und das Defizit der Staatsrechnung nicht zusätzlich zu erhöhen.

Die Geschäftsprüfungskommission hat sich im Verlauf dieses Jahres mit der eigenen Arbeitsweise auseinandergesetzt. Dabei wurde erneut deutlich, dass für eine eingehende Prüfung des Geschäftsberichts und des Staatsvoranschlags jeweils sehr wenig Zeit zur Verfügung steht. Milizparlamentarierinnen und –parlamentarier sind kaum mehr in der Lage, diese wichtige Prüftätigkeit seriös zu leisten. Da ist der Hebel des Kantonsrats im Dreieck Regierung – Verwaltung – Kantonsrat noch kürzer als er systembedingt bereits ist. Um diesem Missstand abzuhelpfen, hat die GPK dem Büro des Kantonsrates einen Massnahmenkatalog vorgeschlagen. Ein Element daraus ist die Schaffung von Sekretariatskapazität für die GPK. Die GPK beantragt folglich eine Erhöhung des Stellenetats beim Kantonsrat (im Sinne eines Sekretariats für die GPK) um 10 Prozent und im Gegenzug eine Reduktion der Entschädigung der Protokollführenden. Weiter wurden in der GPK die Umschulungskosten des Staatspersonals von Office 03 auf Office 07 (CHF 220 pro Arbeitsplatz) als sehr hoch eingeschätzt. Nach nochmaliger Prüfung durch das Finanzdepartement kann hier eine Entlastung des Voranschlags realisiert werden.

Im Erziehungsdepartement wurde die Entwicklung der Pädagogischen Hochschule sehr eingehend diskutiert. Einerseits ist die Entwicklung der Zahl der Studierenden momentan sehr erfreulich. Andererseits entsteht dadurch ein erheblicher Platzmangel, der durch die Miete von zusätzlichen Räumen behoben werden muss. Die dadurch auf über 400'000 Franken anwachsenden Mietkosten werden durch die GPK sehr kritisch beurteilt. Es muss ganz sorgfältig geprüft werden, ob die Unterbringung der PHS in einer staatseigenen Liegenschaft (Kauf oder Neubau) mittelfristig nicht optimaler und erst noch günstiger wäre.

Gegenüber dem vom Regierungsrat verabschiedeten Staatsvoranschlag 2011 schlägt die GPK folgende Änderungen vor (Details können der beigelegten Tabelle entnommen werden):

Laufende Rechnung

- Die Schaffung einer 10%-Stelle für Sekretariatsleistungen für die GPK kostet netto CHF 6'800.
- Ein Land-/Liegenschaftsverkauf auf der hinteren Breite in Schaffhausen führt zu einem Mehrertrag von CHF 1'850'000.
- Verschiedene Massnahmen zur Aufwertung der Umgebung des Rheinflalls ergeben einen Mehraufwand von netto CHF 1'822'500.
- Die Reduktion der Kosten für die Umschulung des Staatspersonals von Office 2003 auf Office 2007 bringt einen Minderaufwand von CHF 61'700.

Das Gesamtergebnis der laufenden Rechnung verbessert sich dadurch um CHF 82'400.

Investitionsrechnung

Die GPK hat keine Änderungen beschlossen.

Die Anträge 2 bis 6 der Regierung zum Staatsvoranschlag wurden nicht diskutiert und einstimmig genehmigt. Der Antrag zur Festsetzung des Steuerfusses für das Jahr 2011 war hingegen umstritten. Es lag ein Antrag vor, den Steuerfuss um 4 Prozent auf neu 108 Prozent zu reduzieren. Zur Begründung dieses Antrags wurden namentlich zwei Gründe vorgebracht:

1. Es ist davon auszugehen, dass die Rechnungen 2010 und 2011 besser ausfallen werden als die entsprechenden Voranschläge.
2. Angesichts der gesunden Staatsfinanzen wäre es konsequent, mit der Strategie der jährlichen Senkung der Steuern im Jahr 2011 keine Pause einzulegen.

Die Regierung plant für das Jahr 2012 eine neue Steuergesetzrevision und befürchtet, dass dafür nach einer Steuersenkung der Spielraum fehlen würde. Die GPK schloss sich dieser Meinung an und lehnte den Antrag auf eine Senkung des Steuerfusses mit 4 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Die GPK dankt der Regierung und den beteiligten Mitarbeitenden in den Dienststellen für die Erstellung des Staatsvoranschlags und die gründliche Beantwortung der zahlreich gestellten Fragen.

Antrag der GPK an den Kantonsrat

*Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren*

Aufgrund der gemachten Ausführungen beantragen wir Ihnen, den Staatsvoranschlag 2011 inkl. der beiliegenden Änderungsanträge zu genehmigen und den weiteren Anträgen des Regierungsrates (siehe Staatsvoranschlag 2011, S. A 29) zuzustimmen.

Schaffhausen, 8. November 2010

Geschäftsprüfungskommission

Werner Bächtold, Präsident

Andreas Bachmann

Erich Gysel

Martin Kessler

Stephan Rawyler

Sabine Spross

Regula Widmer

Beilagen

Anträge der GPK: Änderungen zum Staatsvoranschlag 2011

Beschluss des Regierungsrates vom 19. Oktober 2010 betreffend den Rheinflall

Änderungen der GPK zum Staatsvoranschlag 2011

Pos.		Mehraufwand/ Minderertrag	Minderaufw./ Mehrertrag	Neuer Saldo	Bemerkungen
I.	Laufende Rechnung				
	Gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 7. September 2010 - Aufwandüberschuss	9'525'600			
1000	Kantonsrat				
300.2500	Entschädigung der Protokollführer		3'000	6'000	Aufstockung Arbeitspensum (GPK-Sekretariat)
301.0001	Besoldung Verwaltung	8'000		212'900	Aufstockung Arbeitspensum (GPK-Sekretariat)
303.0000	Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen	1'800		67'300	Aufstockung Arbeitspensum (GPK-Sekretariat)
2333	Betrieb der Staatsliegenschaften				
422.0005	Land-/Liegenschaftenverkauf		1'850'000	2'477'000	Gemäss RRB vom 19.10.2010
2380	Rheinfall				
311.3012	Parkierungsanlage	1'000'000		1'000'000	Gemäss RRB vom 19.10.2010
314.3110	Ausserordentliche bauliche Massnahmen	800'000		800'000	Gemäss RRB vom 19.10.2010
316.0010	Baurechtszinsen/Mieten	95'000		95'000	Gemäss RRB vom 19.10.2010
318.1005	Ablieferung Mehrwertsteuer	50'000		50'000	Gemäss RRB vom 19.10.2010
318.5074	Flächenbewirtschaftung	40'000		850'000	Gemäss RRB vom 19.10.2010
319.1031	Anteil Rückerstattungen PP-Gebühren		100'000	100'000	Gemäss RRB vom 19.10.2010
365.0043	Beitrag an IG-Rheinfall	62'500		175'000	Gemäss RRB vom 19.10.2010
439.1000	Verschiedene Einnahmen		125'000	1'405'000	Gemäss RRB vom 19.10.2010

Änderungen der GPK zum Staatsvoranschlag 2011

Pos.		<i>Mehraufwand/ Minderertrag</i>	<i>Minderaufw./ Mehrertrag</i>	<i>Neuer Saldo</i>	<i>Bemerkungen</i>
2504	Allgemeiner Personalaufwand				
309.0000	Weiterbildung		61'700	-61'700	Reduktion Kosten der "Deltaschulung" von Office 2003 auf Office 2007 von Fr. 220.- auf 120.-
	TOTAL	11'582'900	2'139'700		
	Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung (Stand 08.11.2010)	9'443'200			
II.	Investitionsrechnung				
	Gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 7. September 2010 - Ausgabenüberschuss	30'415'500			
	TOTAL	30'415'500			
	Zunahme der Nettoinvestitionen (Stand 08.11.2010)	30'415'500			
	Aufwandüberschuss Laufende Rechnung	9'443'200			
	Zunahme der Nettoinvestitionen	30'415'500			
	Finanzierungsbedarf	39'858'700			
	Abschreibungen	15'199'000			
	Finanzierungsfehlbetrag	24'659'700			
	Selbstfinanzierungsgrad	18.9			